

Haushaltsrede 2018



Sehr geehrte Damen und Herren,

wie bereits in den vergangenen Jahren, legten *Bündnis90/Die Grünen* auch in diesem Jahr das größte Augenmerk bei den Haushaltsplan Beratungen auf eine gleichmäßige Belastung aller Steuerzahler und auf die finanzielle Selbständigkeit unserer Gemeinde.

Der Haushaltsplanentwurf des letzten Jahres wies viele Ungereimtheiten auf, so dass eine Verabschiedung des Haushalts nicht möglich war. Auch in diesem Jahr wurde der 1. Entwurf zwecks Überarbeitung an die Verwaltung zurückgegeben. Über den 2. Entwurf haben wir in den letzten Monaten in verschiedenen Ausschüssen beraten. Dieser soll nun verabschiedet werden.

Nicht einfach zu durchschauen ist nach wie vor der Stellenplan. Undurchsichtige Verschiebungen und Umstrukturierungsmaßnahmen erschweren dem Rat seine Pflicht zur Kontrolle. Ob es gelingt, die gestiegenen Personalkosten zu senken, wird die Zukunft zeigen.

Die Große Koalition (GroKO) hatte bereits in der Ratssitzung vom 13.12.2017 die neuen Hebesätze für das Jahr 2018 mit den Werten für die Grundsteuer A auf 550%-, für die Grundsteuer B auf 780%- und für die Gewerbesteuer auf 550%- Punkte festgelegt. Diesen Beschluss haben wir von *Bündnis90/Die Grünen* mitgetragen, da dies Planungssicherheit für die Bürger unseres Ortes bedeutet und weil es keine einseitigen Belastungen gibt. Eine weitere Anpassung der Steuersätze wird es in diesem Jahr nicht geben. Damit sind aber auch die Horrorsteuersätze der Verwaltung bei Einbringung des Haushaltsentwurfes vom Tisch.

In den kommenden Jahren werden wir die jeweils aktuelle Situation überprüfen und dann über die entsprechenden Sätze entscheiden.

Dass es sich bei einem solchen Zahlenwerk immer nur um einen Plan handelt, durften wir im positiven Sinn beim Jahresabschluss 2015 feststellen. Hier war laut Plan ein Defizit von ca. 6 Mio. € angegeben und nun war real ein Überschuss von ca. 2 Mio € vorhanden, der in eine Sonderrücklage und in die allgemeine Rücklage ging. Dieses Ergebnis ist bedeutend für die finanzielle Selbständigkeit unserer Gemeinde, denn dadurch wird unser Eigenkapital nicht weiter gesenkt.

Der Haushalt beinhaltet Ausgaben, die mehr oder weniger „Zwangsausgaben“ sind, da es sich um Umlagen oder Ersatzbeschaffungen handelt, wie z.B. für die Hardware in den Schulen oder für Feuerwehrinvestitionen. Ausdrücklich begrüßen *Bündnis 90/ Die Grünen*, dass auch Mittel für den Breitensport bereitgestellt werden. Hiermit soll nun die längst überfällige Sanierung des Sportplatzes Inden für die Leichtathletik erfolgen. Den größten Anteil der Ausgaben machen jedoch immer noch die sogenannten Transferleistungen aus, wie beispielsweise die Kreis- Jugendamts- und Krankenhausumlagen. Auch mit der neuen Landesregierung hat sich bisher in der Finanzausstattung der Kommunen nichts wesentliches geändert. Ob und in wieweit das Land NRW unserer Gemeinde aufgrund der Restriktionen durch den Tagebau einen Sonderstatus gewähren wird, bleibt abzuwarten.

Positiv bewerten wir das interkommunale Industriegebiet an der L 241 gegenüber der Ortschaft Frenz. Hier werden sich in einem ersten Schritt zwei Firmen ansiedeln, die mehr als 500 Arbeitsplätze bieten. Wir hoffen auf eine weitere positive Entwicklung dieses Industriegebietes.

Durch den geplanten Ankauf eines Grundstückes auf der Goltsteinkuppe rückt eine Erweiterung des dortigen Freizeitzentrums näher.

Dank der Investitionen in die neuen Baugebiete in Inden/Altdorf, Schophoven und demnächst auch in Lucherberg wächst unsere Gemeinde. Der Positiveffekt hiervon sind z.B. höhere Zuschüsse vom Land, andererseits sind höhere Ausgaben für die Kinderbeschulung und -betreuung nötig. So werden ein Erweiterungsbau der Grundschule durch die Gemeinde und eine zusätzliche Kindertageseinrichtung durch den Kreis Düren realisiert.

Grundsätzlich begrüßen wir neue Baugebiete in unserer Gemeinde. Jedoch müssen wir jegliche Planungen für das vorgesehene Baugebiet auf dem Sportplatz in Frenz ablehnen. Insbesondere wegen der Schadstoffbelastung des Bodens durch Schwermetalle zweifeln wir die Realisierung des Baugebietes an. Auch die schützenswerte Artenvielfalt im Umfeld können wir nicht außer Acht lassen.

Nicht verstehen können wir die drastische Kürzung der ursprünglich vorgesehenen Gesamtinvestition in Höhe von 1,7 Mio € für den Neubau von Wohnraum zugunsten sozial Bedürftiger. Es werden bereits seit Jahren dringend Wohnungen insbesondere für Familien mit ausländischen Wurzeln und für einen sozial schwach aufgestellten Personenkreis benötigt. Diese Menschen haben auf dem freien Wohnungsmarkt in Inden keine Chance. Der jetzt im Haushalt stehende Betrag von 600 T€ ist eigentlich nur als Platzhalter zu verstehen. Das ist weder christlich noch sozial und aus finanzieller Sicht auch nicht vernünftig. Alle Fraktionen bemängelten in der Vergangenheit die hohen Miet- und Betriebskosten, welche die jetzigen Notunterkünfte verursachen. Auch ist es aus unserer Sicht unmenschlich diese Personen über einen längeren Zeitraum hinweg in solchen Räumen unterzubringen. Nicht nur dass die Genehmigung für die Nutzung der Notunterkünfte bald ausläuft, durch einen Neubau könnten die Betriebskosten reduziert werden. Die Baukosten würden in gleicher Höhe dem Eigenkapital als Vermögen zugerechnet, würden also bis auf die Abschreibungen ein Nullsummenspiel sein. Der wichtigste Aspekt jedoch ist, dass dieser Personenkreis in normalen Wohnungen leben könnte, was auch ein Beitrag zur Förderung der Integration wäre. Zudem würde eine menschenwürdige Unterbringung die Gefahr von sozialen Spannungen in der Gemeinde verringern. Uns ist bewusst, dass ein einzelnes Gebäude lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein im Wohnungsmarkt für sozial Bedürftige darstellen kann, aber es wäre ein erster Schritt.

Allerdings scheint eine Unterstützung für diesen Personenkreis im Indener Rat schwierig zu sein. Das sahen wir auch, als die drei anderen Fraktionen unseren Antrag ablehnten, den für die soziale Betreuung vom Land NRW erhaltenen Gesamtbetrag in Höhe von 26.700,-- € komplett für die Finanzierung einer Sozialarbeiterstelle zu nutzen. Lediglich 14 T€ wurden in 2018 zur Verfügung gestellt. Ob damit eine qualifizierte Betreuung möglich ist, darf bezweifelt werden; ausreichen wird sie auf jeden Fall nicht.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Bürgermeister die Zusammenarbeit mit den Sprechern des Asylkreises aufgekündigt hat. Diese Ehrenamtler leisten hier engagierte Arbeit, die bis in die persönliche Betreuung der hilfesuchenden Menschen geht. Eine solche Hilfestellung kann die Indener Verwaltung z. Zt. nicht leisten. Entstehende Mehrkosten werden dann zu Lasten aller Steuerzahler gehen. Erfreulicherweise sind die Mitarbeiter der Verwaltung trotzdem auf der Suche nach einem Konsens mit dem Asylkreis.

Ähnliche Erfahrungen mussten wir Indener Politikerinnen und Politiker ebenfalls mit dem Bürgermeister machen. Seit seinem Amtsantritt wird auch das politische ehrenamtliche Engagement erheblich erschwert. Wir haben in der Vergangenheit im Sinne der Indener Bevölkerung agiert und werden dies auch weiterhin tun. Allerdings lassen wir persönliche Angriffe und Diffamierungen nicht kommentarlos zu. Hier müssen und werden wir uns schützen, auch außerhalb der politischen Ebene.

Ich habe mich heute bewusst auf nur wenige Punkte beschränkt. Es ist uns „Grünen“ noch nie so schwer gefallen zu einer Entscheidung zu kommen. Das spiegelt sich heute auch in unserem Abstimmungsergebnis wider. Wir wollen aber insbesondere wegen des fehlenden Sozialbaus hier ein deutliches Zeichen setzen.

Trotz aller Meinungsunterschiede möchten wir uns insbesondere bei den beiden großen Fraktionen von SPD und CDU für die menschliche und punktuelle gute Zusammenarbeit bedanken.

Danke sagen wir auch **den** Personen der Verwaltung, die uns in der Vergangenheit bei unserer Arbeit unterstützt haben. Uns ist bewusst, dass auch sie oft an ihre Grenzen stoßen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Hella Rehfisch
Fraktionsvorsitzende